

## Demografischer Wandel als Chance

Fraktionsbeschluss

17. Oktober 2006

### - Zusammenfassung -

Der demografische Wandel ist Realität, dennoch ist die öffentliche Debatte darüber immer noch geprägt von Alarmismus und Panikmache. Es gilt, der Realität ins Auge zu sehen: die Bevölkerungszahl wird schrumpfen, der Anteil älterer Menschen wird stark ansteigen und die Schichtung der Bevölkerung eine völlig andere werden. Nur eine Anerkennung dieser Trends kann dazu führen, die Chancen zu erkennen und zu gestalten.

Wie jede Veränderung birgt auch die demografische Entwicklung Chancen. Gerade in der Entwicklung der Wissensgesellschaft oder bei der Modernisierung sozialer Sicherungssysteme erhöht sie den Handlungsdruck. Dies wollen wir nutzen, um sinnvolle Reformen voranzutreiben. Der erwartbare Fachkräftemangel kann abgemildert werden, wenn Bildungspotenziale endlich optimal genutzt werden und längst vorhandene Erkenntnisse in der frühkindlichen sowie individuellen Förderung endlich umgesetzt werden. Gesellschaft, Wirtschaft und Staat können sich keine weitere Verschwendung von Bildungsressourcen leisten. In anderen Bereichen, wie der Politik im ländlichen Raum, erzwingt die demografische Entwicklung ein Umdenken in Fragen der regionalen Kooperation, neuer Konzepte der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastrukturbereitstellung. Wachstum als Leitmotiv für mehr Einwohnerinnen und Einwohner oder mehr Flächenverbrauch hat sich überholt. Medienkompetenz und mobile Einrichtungen bieten Chancen, auch in Zukunft Teilhabe und Versorgung gewährleisten zu können.

Bei der Gestaltung der tief greifenden Veränderungen, die der demografische Wandel mit sich bringen wird, brauchen wir Leitlinien und Zielvorstellungen. Diese können aus unserer Sicht nur eine soziale und solidarische Gesellschaft sein, in der alle Menschen ein selbst bestimmtes Leben führen können – unabhängig davon, in welcher Gegend Deutschlands sie leben oder wie alt sie sind. Die Zukunftschancen der kommenden Generationen sind auch davon abhängig, dass wir heute nicht über unsere Verhältnisse leben. So steht eine generationengerechte Politik vor der Aufgabe, die Kosten möglichst gerecht zwischen Generationen und Einkommensgruppen zu verteilen. Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir uns in einigen Bereichen von gewohnten Denkmustern verabschieden. Wir brauchen im Sinne einer Demografie-Gerechtigkeit eine gesellschaftliche Debatte darüber, welche Aufgaben der Staat in Zukunft übernehmen soll, welche Rolle die Zivilgesellschaft übernimmt, wie wir die öffentliche Daseinsvorsorge sichern oder ob wir das Ziel von gleichwertigen Lebensbedingungen in den Regionen aufrechterhalten können.

Demografie ist für uns eine Querschnittsaufgabe. Erste Handlungsansätze zeichnen sich in folgenden Politikfeldern ab.

### Eine neue Lebenslaufpolitik

Der demografische Wandel macht einen veränderten Umgang mit der Lebenszeit unumgänglich. Unsere persönliche Lebenszeit wächst und die klassische Normalerwerbsbiografie aus früheren Jahren wird es so nicht mehr geben. Wir brauchen eine moderne Zeitpolitik, das heißt für uns, Angebote zu schaffen, die helfen die so genannte Rush-Hour des Lebens zu entzerren. Damit ist die besonders intensive Lebenszeit zwischen 25 und 35 Jahren gemeint, in der neben Ausbildung, Studium, Familiengründung auch der Einstieg in die berufliche Karriere fällt. Hier ist ein Umdenken bei der Arbeitsverteilung für alle Generationen gefragt, die Chance auf Ausbildung für junge Menschen ebenso wie die Teilhabe Älterer auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen eine flexible Arbeitszeitpolitik, Arbeitszeitkonten, Zeit für Weiterbildung und berufliche Neuorientierung, gesellschaftliches Engagement und Familienarbeit. Eine veränderte Lebenslaufpolitik schafft größere Frei- und Gestaltungsräume für jede und jeden Einzelnen und ist ein wichtiger Schlüssel zur Gestaltung des demografischen Wandels.

## **Kinder und Familien stärken**

Wir stellen das Wohl von Kindern in den Mittelpunkt - ganz gleich wo Kinder leben. Kinder brauchen mehr Rechte. Es ist Aufgabe des Staates, gemeinsam mit den Familien dafür zu sorgen, dass alle Kinder optimale Entwicklungschancen bekommen. Wir wollen mehr Männern und Frauen ermöglichen, ihren Wunsch nach einem Leben mit Kindern zu verwirklichen. Dafür brauchen wir ein pluralistisches Familienbild, das die Vielfalt der existierenden Lebensweisen anerkennt und unterstützt. Nur mit einem Dreiklang aus familienfreundlicher Betreuungsinfrastruktur, finanziellen Transfers und einer modernen Zeitpolitik kann nachhaltige Familienpolitik umgesetzt werden. Unser Ziel ist es, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer gleichermaßen zu ermöglichen. Voraussetzung dafür ist auch eine wirkliche Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Trotz sich ändernden Lebenswirklichkeiten der meisten Familien wurde viel zu lange an einem Sozialstaatsmodell festgehalten, das vor allem den männlichen Alleinernährer im Blick hatte. Das „Ernährermodell“ durchzieht unser Sozialversicherungs- und Steuersystem und bedarf dringend der Veränderung.

## **Teilhabe in der Wissensgesellschaft**

Angesichts des demografischen Wandels werden die anstehenden Reformen im Bildungswesen noch dringlicher. Gesellschaft, Wirtschaft und Staat können sich keine weitere Verschwendung von Bildungsressourcen leisten. Wir müssen die Bildungspotenziale von Frauen, von Menschen mit Migrationshintergrund und von Älteren verstärkt nutzen und potenzielle Risikogruppen wie SchulabgängerInnen ohne Abschluss integrieren. Optimale Startbedingungen sind für den späteren Bildungserfolg von zentraler Bedeutung. Deshalb muss die frühkindliche Förderung stärker in den Fokus rücken. Gleichzeitig muss das Prinzip des lebenslangen Lernens stärker verankert werden. Leitbild und Ziel bildungspolitischer Anstrengungen ist nicht mehr länger die einmalige Ausbildung, vielmehr geht es um optimale Rahmenbedingungen für immer wiederkehrende Lernphasen durch ein reformiertes Schul-, Hochschul- und Erstausbildungssystem. An den Hochschulen muss eine höhere Studierenden- und AbsolventInnenquote erreicht werden. Die Schaffung einer Wissensgesellschaft an der alle – unabhängig ihres Alters, Geschlecht und (sozialer) Herkunft – teilhaben können, ist von entscheidender Bedeutung für die Bewältigung und Gestaltung des demografischen Wandels.

## **Arbeitsmarkt – Teilhabe statt Ausgrenzung**

Erwerbstätigkeit ist in unserer Gesellschaft ein wichtiger Faktor zur individuellen Selbstverwirklichung und der sozialen Integration. Die Ermöglichung der Teilhabe an Erwerbsarbeit für möglichst alle Menschen in unserer Gesellschaft ist daher ein Schlüsselprojekt nicht nur zur Begegnung der demografischen Herausforderungen. Der Arbeitsmarkt ist tief gespalten. Wir müssen deshalb verschiedene miteinander abgestimmte Strategien verfolgen, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Dazu zählt Ausbildung und Qualifikation für alle. Wir müssen das duale System erweitern und modernisieren und den Übergang von Schule in Beruf verbessern. Dazu gehört auch, die Beschäftigungsfähigkeit Älterer zu erhalten, Anreize zum frühzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben abzubauen und neue Wege in der beruflichen Weiterbildung und lebenslanges Lernen zu etablieren.

## **Zukunftsaufgabe Integration**

Wir brauchen eine Integrationspolitik, die dafür sorgt, dass Migrantinnen und Migranten selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft werden und eingewanderte Menschen von Beginn an als künftige StaatsbürgerInnen wahrnimmt. Es ist daher eine Querschnittsaufgabe, die sich durch alle Politikbereiche von Arbeitsmarkt über Altenpolitik bis hin zur Bildungspolitik zieht. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wird proportional zur Gesamtbevölkerung ansteigen. Kulturelle und religiöse Vielfalt werden das Leben in unserer alternden Gesellschaft von Generation zu Generation stärker kennzeichnen. Interkulturelle Öffnung vor Ort, in den sozialen Diensten, Verbänden und Politik ist notwendig. Wir sehen dringenden Handlungsbedarf für eine Bleiberechtsregelung für langjährig hier lebende Menschen. Sie erhalten bislang keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus und damit keine Integrationsperspektive. Wir brauchen künftig eine Einwanderungspolitik, die mit einem innovativen Punktesystem dazu beiträgt, dass Menschen hierher kommen, hier leben und arbeiten.

## **Für ein lebenswertes Alter**

Immer mehr Menschen können und wollen bis ins hohe Alter ein aktives Leben führen. Wir müssen die gesamte Lebenswelt Älterer viel stärker in den Blick nehmen. Es ist höchste Zeit über die Potenziale älterer Menschen zu sprechen. Sie werden stärker als bisher als Zielgruppe angesprochen werden. Es geht dabei um verschiedenste Politikbereiche: von neuen Wohnformen über eine Reform der Pflege bis hin zum Verbraucherschutz. Die Frage einer kultursensiblen Altenpolitik wird eine größere Rolle spielen. Wir brauchen Rahmenbedingungen, in denen das Alter in seiner ganzen Vielfalt als lebenswert erlebt werden kann. Auch im Alter müssen ein selbst bestimmtes Leben, kulturelle und soziale Teilhabe möglich sein.

## **Für ein Miteinander aller Generationen**

Das wirklich neue an der demografischen Entwicklung ist nicht das Älter werden der Menschen, sondern eine völlig neue Schichtung der Generationen. Mehr ältere Menschen werden mit weniger jüngeren Menschen zusammenleben. Das erfordert ein Umdenken auch im Miteinander von Alt und Jung. Es sind viele Bereiche betroffen: die Teilhabe am gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben, die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Dies ist eine Herausforderung für die Gesellschaft als Ganze, denn es geht um die Zukunfts- und Partizipationschancen aller Generationen. Politik kann kein positives Generationenverhältnis diktieren, aber gemeinsame Lebensräume für jung und alt fördern und so das Miteinander positiv beeinflussen.

## **Soziale Sicherungssysteme demografiefest ausrichten**

Die sozialen Sicherungssysteme müssen so ausgestaltet und weiterentwickelt werden, dass sie den demografischen Veränderungen langfristig standhalten und den Menschen Sicherheit geben, sei es in Fragen des Lebensunterhalts (auch im Alter) oder der Gesundheit. Die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenversicherung stellt sicher, dass die BeitragszahlerInnen nicht überfordert werden. Wir unterstützen eine Anhebung des Renteneintrittsalters, allerdings ist die Verbesserung der Arbeitsmarktlage für ältere ArbeitnehmerInnen notwendig.

In der Gesundheitspolitik verbindet die grüne Bürgerversicherung einen solidarischen Grundansatz mit Generationengerechtigkeit: In dem alle Einkommensarten zur Beitragsberechnung herangezogen werden. Außerdem wollen wir Prävention und Gesundheitsförderung für alle als eigenständige Säule des Gesundheitssystems etablieren. Die Reform der Pflegeversicherung ist dringend notwendig. Hier benötigen wir eine nachhaltige, gerechte und qualitativ bessere Lösung: eine Pflege-Bürgerversicherung, die mit einer Demografiereserve ausgestattet wird. Damit könnten steigenden Belastungen in der Zukunft abgedeckt werden.

## **Politik vor Ort – Kommunen und Ländliche Räume stärken**

Die Kommunen als zentraler Ort der öffentlichen Daseinsvorsorge und des zivilgesellschaftlichen Engagements brauchen unsere besondere Unterstützung. Denn hier zeigen sich Schrumpfs- und Alterungsprozesse viel unmittelbarer und dringen bereits heute in viele Lebenswelten ein. Um den notwendigen Umbauprozess einzuleiten, brauchen wir einen Paradigmenwechsel: weg vom Leitbild des Wachstums von mehr Einwohnerinnen und Einwohnern, größerer Infrastruktur und größerem Flächenverbrauch, hin zu einem qualitativen Ansatz. Die große Herausforderung an Politik ist, Flächenverbrauchsnutzung und Infrastruktur der demografischen Entwicklung rechtzeitig anzupassen. Gerade für die Beschränkung des Flächenverbrauchs bietet der demografische Wandel auch große Chancen. Es ist anzuerkennen, dass auch Schrumpfsprozesse die Kommunen Geld kosten werden. Unumgänglich sind neue netzwerkartige Kooperationsstrukturen. Sie können helfen Infrastruktur, Gewerbeansiedlung und Aufgaben neu zu sortieren und geschickt auch über Regionen zu verteilen. Politik vor Ort hat die Aufgabe, eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik mit Sozialpolitik zu verknüpfen. Denn arm und reich, sowie mobil und immobil streben räumlich gesehen auseinander.

Der ländliche Raum ist besonders stark von Alterung sowie Abwanderung vor allem junger, gut ausgebildeter Menschen betroffen. Hier braucht es deshalb neue Konzepte der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastrukturbereitstellung sowie eine verstärkte Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Es geht darum, auch unter veränderten Bedingungen, ein lebendiges Kulturleben und Kreativität zu erhalten – und hier wie überall brauchen wir eine aktive Bürgergesellschaft, einen bürgernahen Dialog und die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, um gesellschaftliche Veränderung zu gestalten.

# Demografischer Wandel als Chance

## - Langfassung -

Der demografische Wandel ist eine der zentralen politischen Herausforderungen unserer Gesellschaft. Durch die Entwicklung der Bevölkerung wird sich die Struktur unserer Gesellschaft in den kommenden Jahren spürbar verändern. Die Menschen werden älter und unser Zusammenleben durch die Migration kulturell vielfältiger. Gleichzeitig wird die Gesamtbevölkerung zurückgehen – wir werden weniger. Diese Entwicklung stellt uns nicht nur vor ökonomische, sondern auch vor große soziale und kulturelle Herausforderungen. Unser Ziel muss sein, auch unter diesen veränderten Bedingungen eine soziale und solidarische Gesellschaft zu ermöglichen, in der alle Menschen unabhängig ihrer sozialen und kulturellen Herkunft ein selbst bestimmtes Leben führen können und in der das gesellschaftliche Klima durch ein Miteinander der Generationen geprägt ist.

Der Begriff Demografie hat Hochkonjunktur. In kaum einem Themenfeld fehlt der Hinweis auf den demografischen Wandel, sei es in der Stadtentwicklungspolitik, der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, der Bildungs- und Kommunalpolitik, der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, der Familienpolitik und der Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme. Jedoch erfolgt der Verweis auf die Demografie dabei zumeist in einem negativen Kontext, dergestalt, dass mit ihm Horrorszenarien über zukünftige Entwicklungen heraufbeschworen werden. Sicher müssen wir das Problembewusstsein dafür schärfen, dass im Jahr 2050 jede/r dritte Mensch in unserem Land 60 Jahre und älter sein wird und nicht mehr 82 Millionen Menschen, sondern ca. 75 Millionen Menschen hier leben werden. Aber daraus ergeben sich nicht zwangsläufig negative Zukunftsszenarien. Es kann uns doch freuen, dass die Menschen älter werden und die Bevölkerungszahl eines Landes ist heutzutage nicht die ausschlaggebende Variante für Wohlstand und Lebensqualität. Da die zukünftige Entwicklung aber eine Veränderung zu unserem bisher gewohnten Umfeld darstellt, gilt es, mit grünem Blick schlüssige Antworten auf diese komplexen Anforderungen zu entwickeln.

## Wovon reden wir

Im Kern handelt es sich bei dem wissenschaftlich wertfreien Begriff „Demografie“ um bevölkerungspolitische Aussagen. Hier gibt es erwartbare Trends, die ungeachtet aller abweichenden rechnerischen Grundlagen als verlässlich betrachtet werden können. Dazu zählt zum einen der Trend, dass wir alle älter werden. Die Lebenserwartung der Menschen in allen Industriestaaten ist im vergangenen Jahrhundert rasant angestiegen, dank vieler Faktoren, nicht zuletzt dem medizinisch-technischen Fortschritt. Ein heute geborener Junge kann sich im Schnitt auf 75 Lebensjahre freuen, während es bei Mädchen schon 81 Lebensjahre sind und die Tendenz ist weiterhin steigend. Die Hälfte der Bevölkerung wird im Jahr 2050 älter als 48 Jahre alt sein.

Parallel zu dieser Entwicklung verläuft die Geburtenentwicklung in diesen Gesellschaften seit über 30 Jahren auf einem konstant niedrigen Niveau. Durch die längere Lebenserwartung der Älteren und die Einwanderung fiel dieser Rückgang auf die Gesamtbevölkerung bezogen zunächst nicht auf. Er wird aber schon bald unübersehbar sein und in absehbarer Zeit dazu führen, dass die Bevölkerung insgesamt schrumpft.

Dadurch, dass sich die Bevölkerungsentwicklung nicht schlagartig ändert, lassen sich diese Trends als sehr wahrscheinliche Zukunftsentwicklungen vorhersagen. Die Bevölkerungszahl wird zurückgehen, der Altersdurchschnitt steigen und der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund zunehmen. Nicht nur das Verhältnis zwischen Jung und Alt, sondern auch das Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich und unterschiedliche Lebenssituationen von Menschen in Stadt und Land werden die Auseinandersetzung prägen. In Ostdeutschland wird das gesamtdeutsche Phänomen der alternden Gesellschaft noch durch das Problem der Abwanderung verstärkt.

## Demografische Entwicklung als Motor für moderne ökologische und soziale Politik

Auf diese Entwicklung müssen wir heute reagieren und dürfen sie nicht länger ignorieren. Keine Maßnahme, die sich nur auf Bevölkerungspolitik bezieht, kann die Entwicklung der nächsten Jahre stoppen oder gar in ihr Gegenteil verkehren. Dies gilt auch dann, wenn alle Menschen in Deutschland ihren Wunsch nach einem Leben mit Kindern verwirklichen würden. Daher erkennen wir an, dass es kein Zurück zu vorherigen Zuständen gibt, sondern wir dem demografischen Wandel und den damit einhergehenden

Veränderungen nur etwas Positives abgewinnen können, wenn wir ihn akzeptieren und aktiv gestalten. In den Veränderungen der Strukturen und des Zusammenlebens liegt die Chance der Neugestaltung, wir wollen sie nutzen.

Dazu gilt es in einer ressortübergreifenden Strategie Demografie in allen Politikfeldern mitzudenken und Anpassungsstrategien klug miteinander zu verzahnen. Es sollte uns darum gehen, in eine innovative und nachhaltige Politik zu investieren, die die Sicherung und Gestaltung sozialer, kultureller und ökologischer Lebensgrundlagen für Jung und Alt weiterentwickelt.

Moderne Familienpolitik muss ein Leben mit Kindern und Erwerbstätigkeit für Frauen und Männer ermöglichen. Damit schaffen wir Voraussetzungen dafür, dass sich mehr Menschen für Kinder entscheiden und Familien gestärkt werden.

Wir brauchen eine Integrationspolitik, die dafür sorgt, dass Migrantinnen und Migranten selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft werden. Kulturelle und religiöse Vielfalt werden das Leben in unserer alternden Gesellschaft von Generation zu Generation stärker kennzeichnen. Interkulturelle Öffnung vor Ort, in den sozialen Diensten, Verbänden und Politik ist notwendig. Wir sehen dringenden Handlungsbedarf für eine Bleiberechtsregelung für langjährig hier lebende Menschen. Sie erhalten bislang keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus und damit keine Integrationsperspektive. Wir brauchen eine moderne Einwanderungspolitik, die mit einem innovativen Punktesystem dazu beiträgt, dass Menschen hierher kommen, hier leben und arbeiten.

Es wird Zukunftsaufgabe sein, gesellschaftliches Leben so zu organisieren, dass weniger junge Menschen mit mehr älteren Menschen neue Formen des Zusammenlebens finden, dass ältere Menschen stärker ins öffentliche Leben einbezogen werden, die Potenziale des Alters genutzt, neue Beteiligungsformen für Jung und Alt entwickelt werden.

Es sind viele zentrale Bereiche betroffen, wenn wir von der demografischen Entwicklung reden: wie die Teilhabe am gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben, die Zukunft des Sozialstaates, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, Investition in Bildung, Ausbildung und Lebenslanges Lernen. Hier zu reagieren heißt für uns, sich den Realitäten zu stellen, Anpassungsstrategien und Perspektiven für die nächste Generation zu entwickeln. So steht eine generationengerechte Politik vor der Aufgabe, die Kosten möglichst gerecht zwischen allen Generationen und Einkommensgruppen zu verteilen. Die Zukunftschancen der kommenden Generationen sind entscheidend auch davon abhängig, dass wir heute nicht über unsere Verhältnisse leben.

## **Eine neue demografische Gerechtigkeit ?**

Im Sinne einer Demografie-Gerechtigkeit werden wir bisherige Aufgaben und Rollenverständnisse von staatlichen Institutionen und Zivilgesellschaft neu überdenken müssen – eingebettet in einen Diskurs über Nachhaltige Entwicklung und unsere Grüne Vorstellung von Gerechtigkeit. Wir werden eine gesellschaftliche Debatte anstoßen, die den Kern unseres Zusammenlebens betrifft: „Wie möchten wir in Zukunft unter den veränderten Bedingungen leben?“ Welche Aufgaben kann und soll in Zukunft der Staat leisten, wie sichern wir die öffentliche Daseinsvorsorge, steigt die Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger? Welchen Umbau brauchen die sozialen Sicherungssysteme? Können wir das Ziel von gleichwertigen Lebensbedingungen in den Regionen aufrechterhalten?

## **Themen**

### **Miteinander der Generationen**

Das wirkliche Neue an der demografischen Entwicklung, so wie sie sich derzeit gestaltet, ist nicht das Älterwerden der Menschen, sondern erstmals eine völlig neue Schichtung der Generationen. Wir kannten bisher nur das Bild der wenigen Alten und vielen Jungen. Diesen Gesellschaftsaufbau wird es so in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr geben. Weniger junge Menschen werden mit mehr älteren Menschen neue Formen des Zusammenlebens entwickeln und weniger erwerbstätige Menschen werden mehr Nichterwerbstätige finanzieren. Das erfordert ein Umdenken auch im Miteinander von Alt und Jung.

Medien beschwören oft einen massiven Konflikt zwischen den Generationen herauf. Wir halten diesen Konflikt für einen Mythos. Auch heute leben viele erwachsene Kinder im Umfeld ihrer Eltern, haben regelmäßigen Kontakt zu ihren Großeltern und Eltern und kümmern sich um sie. Insgesamt ist der familiäre Generationenzusammenhalt - trotz wachsender Mobilität und Berufstätigkeit – in gutem Zustand.

Allerdings haben außerhalb des familiären Kontexts die Generationen weniger miteinander zu tun; Freundschaften über Generationengrenzen hinweg sind eher selten. Das liegt in erster Linie an der Trennung der Lebenswelten. Jung und Alt haben unterschiedliche Milieuerfahrungen und suchen für sich spezifische Einrichtungen auf. Diese Stereotypen lösen sich erst im direkten persönlichen Umgang auf. So kommen den weit über 10.000 geschätzten, vor allem zivilgesellschaftlichen Projekten, die einen spezifischen Erlebnisraum für Jung und Alt bieten, besondere Bedeutung zu. Hier stehen vor allem die gemeinsamen Chancen im Vordergrund. Gerade hier ist Politik gefordert: Der Staat kann zwar kein positives Generationsverhältnis diktieren, er kann aber neben der kurzfristigen Stimulierung des Generationendialogs durch Unterstützung von Projekten und Programmen langfristig gemeinsame Lebensräume für Generationen fördern.

Und nicht zuletzt gehört zum Miteinander der Generationen auch die Sorge darum, wie wir den Kindern das Land hinterlassen und deshalb gehört auch die Diskussion über die öffentlichen Finanzen, die Verschuldung und die künftige Daseinsvorsorge auf die politische Agenda, wenn es um Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit geht. Ebenso ist gesellschaftliche Teilhabe, Partizipation und Mitsprache der Kinder und Jugendlichen unter den veränderten Bedingungen der Alterung sicherzustellen.

### **Grundlagen moderner Familienpolitik**

Wir stellen das Wohl von Kindern in den Mittelpunkt - ganz gleich wo Kinder leben. Familie ist, wo Kinder sind. Uns geht es nicht darum, einer Bevölkerungspolitik zur Steigerung der Geburtenrate das Wort zu reden, sondern wir wollen, dass in allen Politikbereichen geschaut wird, dass Frauen und Männer ihren Wunsch nach einem Leben mit Kindern verwirklichen können und Kinder optimale Entwicklungschancen erhalten. Darauf haben sie ein Recht. Nur mit einem Dreiklang aus dem Ausbau familienfreundlicher Betreuungsinfrastruktur, finanziellen Transfers und einer modernen Zeitpolitik kann nachhaltige Familienpolitik umgesetzt werden.

Für eine familienfreundlichere Infrastruktur haben wir mit der grünen Kinderbetreuungskarte einen Vorschlag entwickelt, der einen Rechtsanspruch für Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr an ein ausgewogenes Finanzierungsmodell koppelt. Das Ehegattensplitting begünstigt vor allem besser verdienende Alleinverdienerinnen bzw. Ehen, in denen beide Partner arbeiten, aber sehr unterschiedlich verdienen. Hier schlagen wir für die Zukunft eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Höchstbetrag vor. Die so freiwerdenden rund 2,2 Milliarden € Bundesmittel wollen wir zur Finanzierung der Kinderbetreuungskarte und damit der direkten Förderung von Kinderbetreuung zur Verfügung stellen.

Moderne Zeitpolitik heißt für uns vor allem, Angebote zu schaffen, die helfen die so genannte Rush-Hour des Lebens zu entzerren: Damit ist die besonders intensive Lebenszeit zwischen 25 und 35 Jahren gemeint, in der neben Ausbildung, Studium, Familiengründung auch der Einstieg in die berufliche Karriere fällt. Helfen können hier eine flexible Arbeitszeitpolitik, Arbeitszeitkonten, Weiterbildung, Berufsrückkehrprogramme und Computerarbeitsplätze zu Hause.

### **Neue Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern**

Ein Leben in Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist trotz zahlreicher Fortschritte immer noch nicht erreicht.

Im Rahmen der demografischen Debatte wird viel über die im internationalen Vergleich nicht eben hohe Geburtenrate in Deutschland diskutiert. Die Verantwortung dafür wird in dieser Debatte fast ausschließlich den Frauen zugewiesen. Der Vorwurf ihnen gegenüber lautet – mal mehr, mal weniger deutlich formuliert – dass sie sich heute lieber im Berufsleben verwirklichen, statt Kinder bekommen zu wollen. Eine genauere Analyse der Daten führt allerdings zu anderen Ergebnissen. Mehr Männer als Frauen bleiben in Deutschland kinderlos. Und die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau liegt seit 30 Jahren gleich bleibend bei ungefähr 1,4 – von radikal sinkenden Kinderzahlen kann also nicht die Rede sein. Auch werden bei einer so einseitig geführten Debatte sowohl die Rolle der Männer als auch die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgeblendet.

Wir Grünen wollen den Menschen nicht vorschreiben, Kinder zu bekommen. Wir wissen aber, dass viele Frauen und Männer ihre Kinderwünsche nicht realisieren. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich und individuell. Aber es lassen sich auch strukturelle Hindernisse identifizieren. Hier ist die Politik gefragt, diese Hindernisse beiseite zu räumen – dies dürfte eine Antwort auf verschiedene demografische Herausforderungen sein.

Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ist auch am deutschen Arbeitsmarkt noch lange nicht erreicht. Zukünftig werden aber mehr Arbeitskräfte benötigt – die Wirtschaft wird hier auf die Frauen zurückgreifen, die heute besser ausgebildet sind denn je. Wir wollen die Erwerbstätigkeit von Frauen erhöhen. Der Anstieg der weiblichen Erwerbstätigkeit in den letzten Jahren ist in erster Linie auf eine Ausweitung häufig nicht Existenz sichernder Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung zurückzuführen. Das Arbeitsvolumen von Frauen ist bei steigender Erwerbstätigenquote insgesamt gesunken. Das führt auch zu einer mangelnden sozialen Absicherung der Frauen im Alter.

Werden die Berufs- und Karrierechancen von Frauen und Müttern verbessert, ist es wahrscheinlich, dass Eltern auch eher ihre Kinderwünsche in die Tat umsetzen. Zum Beispiel, weil Eltern dann die Verantwortung für Familie und materielle Versorgung teilen können. Gleichzeitig brauchen wir mehr Akzeptanz besonders in der Arbeitswelt, wenn sich Väter stärker als bislang üblich für Familie und Erziehung einsetzen wollen. Die Konstruktion des „entweder Kinder oder Karriere“ beinhaltet nicht die besten Chancen, weder für Frauen noch für Männer

Wir brauchen dafür Veränderungen auf politischer ebenso wie auf wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene. Trotz sich ändernder Lebenswirklichkeiten der meisten Familien wurde viel zu lange an einem Sozialstaatsmodell festgehalten, dass vor allem den männlichen Alleinernährer im Blick hatte. Das „Ernährermodell“ durchzieht unser Sozialversicherungs- und Steuersystem. Vielfältige Negativanreize behindern eine Erwerbstätigkeit von Ehefrauen und führen häufig zur Arbeitsteilung nach dem alten Rollenmodell, sobald Kinder im Haus sind. So weist Deutschland im internationalen Vergleich eine sehr niedrige Erwerbstätigkeit von Müttern auf.

Unternehmen müssen im Interesse einer zukunftsfähigen Personalstrategie umdenken, Karrierechancen von Frauen fördern und Arbeitszeitmodelle stärker auf die Bedürfnisse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausrichten. Zum Beispiel mit flexiblen Arbeitszeitmodellen wie Lebensarbeitszeitkonten, die Zeiten für Weiterbildung und Qualifizierung oder Familienarbeit wie Kindererziehung und Organisation und Koordination von Pflege von Angehörigen ermöglichen. Sie müssen Väter stärken, die sich Zeit für ihre Kinder nehmen, und dies auch beruflich anerkennen. Gleichzeitig ist auch die Politik gefordert, bestehende Diskriminierungen am Arbeitsmarkt auszuräumen und verbesserte Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen. Dazu gehören ganz besonders der Ausbau der Kinderbetreuung und die Weiterentwicklung qualifizierter haushaltsnaher Dienstleistungsangebote. Die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft im Pflegesektor werden bisher nur von wenigen in ihrem gesamten Ausmaß erkannt.

Ohne ein tief greifendes gesellschaftliches Umdenken wird sich trotz aller Maßnahmen aber nichts ändern. Wir brauchen eine neue Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. In den letzten 30 Jahren hat sich die Rolle von Frauen in unserer Gesellschaft grundlegend gewandelt – während sich bei den Männern deutlich weniger getan hat. Ein großer Teil verharrt in den alten Rollenmodellen. Hier gibt es dringenden Aufholbedarf auf männlicher Seite, auch ihre Rolle deutlich zu erweitern. Unser Ziel ist es, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie von Pflege und Beruf für Frauen und Männer gleichermaßen zu gewährleisten. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

## **Bildung - Teilhabe aller an der Wissensgesellschaft**

Die Reform unseres Bildungswesens muss rasch erfolgen. Angesichts des demografischen Wandels können sich Gesellschaft, Wirtschaft und Staat keine weitere Verschwendung von Bildungsressourcen leisten. Wir müssen die Bildungspotenziale von Frauen, von Menschen mit Migrationshintergrund und von Älteren verstärkt nutzen und potenzielle Risikogruppen wie SchulabgängerInnen ohne Abschluss integrieren. Genauso dringend ist es, die „Rush-Hour des Lebens“ für jüngere Menschen in Ausbildung und Beruf zu entzerren bzw. aufzulösen. Das Prinzip des lebenslangen Lernens muss stärker verankert werden. Bildungsstrukturen und -institutionen müssen an schrumpfende Gemeinwesen angepasst werden. Gleichzeitig müssen die Studienplatzkapazitäten an Universitäten und Fachhochschulen bedarfsgerecht ausgebaut werden und unser Bildungssystem fit gemacht werden für die interkulturellen Herausforderungen.

Optimale Startbedingungen sind für den späteren Bildungserfolg von zentraler Bedeutung. Deshalb muss die frühkindliche Förderung stärker in den Fokus rücken. Dazu gehören für uns der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr und eine hohe (fachliche) Qualität in der Kinderbetreuung. Das heißt auch, dass die Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern aufgewertet werden muss und mittelfristig auf akademischem Niveau stattfinden sollte. Erkenntnisse der Bildungsforschung über die frühkindliche Entwicklung, interkulturelle Kompetenz sowie der Umgang mit Ungleichheit müssen verstärkt Eingang in die Erzieherausbildung finden. Ferner brauchen wir integrierte Konzepte, die den Übergang von Vorschule zur Grundschule erleichtern.

Unser mehrgliedriges, auf frühe Selektion ausgerichtetes Schulsystem ist nicht geeignet, die bildungspolitischen Herausforderungen des demografischen Wandels zu bewältigen. Weder führt es zu besonders guten Leistungsergebnissen noch ist es chancengerecht oder durchlässig. Vorhandene Bildungsressourcen schöpft es völlig unzureichend aus. Hinzu kommt, dass hierzulande in massiver Weise der individuelle Bildungserfolg vom sozio-ökonomischen Hintergrund abhängt. Diesen Zusammenhang gilt es zu entkoppeln. Andernfalls werden immer mehr Bildungsverlierer von staatlichen Transferleistungen abhängen, zumal sich das Arbeitsplatzangebot im gering qualifizierten Bereich verringern wird. Gerade angesichts des demografischen Wandels darf kein Jugendlicher im Bildungssystem verloren gehen – sonst würde der potenzielle Fachkräftemangel der kommenden Jahre weiter verschärft. Gleichzeitig haben wir im internationalen Vergleich eine sehr geringe Abiturientenquote. Hier müssen wir – auch wieder vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels – dringend gegensteuern. Anstelle des mehrgliedrigen Schulsystems brauchen wir individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen und somit ein Schulsystem, das allen zugute kommt. Dazu gehört auch der Ausbau von rhythmisierten Ganztagschulen die sowohl die ganzheitliche Förderung der Schüler und Schülerinnen als auch die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben unterstützen.

Wir müssen einen breiteren Zugang zum beruflichen Erstausbildungssystem schaffen. Für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot sind als erstes die Unternehmen gefragt. Nötig sind eine höhere Verbindlichkeit bei den Zusagen für die Schaffung von Ausbildungsplätzen und ein gerechter Lastenausgleich zwischen denen, die ausbilden, und denen, die nicht ausbilden.

Auch wenn Unternehmen, die nicht oder zu wenig ausbilden, bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen an erster Stelle in der Pflicht sind, so brauchen wir doch qualitätsvolle Ergänzungen zu der jetzigen Ausbildung im dualen System. Eine Stiftung zur beruflichen Bildung könnte als Mittlerstelle zwischen privat und öffentlich finanzierter Aus- und Weiterbildung die regionale Vernetzung von Aus- und Weiterbildungsaktivitäten unterstützen und Kontaktaufnahme zu Nachfragern herstellen.

Neben der Verbesserung der Ausbildungssituation gilt es, an den Hochschulen eine höhere Studierenden- und AbsolventInnenquote zu erreichen und einen Ausbau der Studienkapazitäten voranzutreiben. Im Hochschulsystem geht es aufgrund steigender Studienberechtigtenzahlen in den kommenden 20 Jahren nicht um Schrumpfung, sondern um Aufwuchs und damit um Ausbau. Damit die im Zuge des Bologna-Prozesses umgesetzte Modularisierung des Studiums tatsächlich auch zu kürzeren Studienzeiten ohne Qualitätsverlust führt, ist eine bessere Betreuungsrelation zwischen Studierenden und Lehrenden an den Hochschulen unbedingt notwendig. Hier sind Bund und Länder gefordert, im angekündigten Hochschulpakt insbesondere die Grundlagen für einen Ausbau der Studienplatz- und Personalkapazitäten zu legen.

Neben der Aktivierung bildungs- und weiterbildungsferner Bevölkerungsgruppen bedarf es generell einer höheren Beteiligung an Bildung und Weiterbildung. Leitbild und Ziel bildungspolitischer Anstrengungen ist nicht mehr länger die einmalige Ausbildung, die mit einem speziellen berufsbefähigenden Abschluss endet und für das gesamte Berufsleben ausreicht. Vielmehr geht es um optimale Rahmenbedingungen für immer wiederkehrende Lernphasen durch ein reformiertes Schul-, Hochschul- und Erstausbildungssystem. Das muss ergänzt werden durch flexible Weiterbildungsmöglichkeiten nach dem Prinzip des lebenslangen Lernens. Außerdem brauchen wir verstärkt Anstrengungen für die Entwicklung eines Europäischen und Nationalen Qualifikationsrahmens, um mehr Transparenz bei der Anerkennung und Vergleichbarkeit von beruflich erworbenen und ausbildungsbezogenen Qualifikationen zu schaffen.

Um auf den demografischen Wandel angemessen reagieren zu können, müssen Erst- und Zweitausbildung, akademische, betriebliche und außerbetriebliche Bildung und der gesamte Bereich des informellen Lernens durchlässiger werden. Denn: eine Erstausbildung wird nicht mehr fürs ganze Leben reichen. Außerdem brauchen die Risikogruppen unseres Bildungssystems eine zweite Chance. Die jüngeren, überwiegend männlichen Bildungsverlierer benötigen passgenaue Angebote, weil sie heute vielfach nach abgebrochenen Bildungskarrieren in der Arbeitslosigkeit landen. Ältere ArbeitnehmerInnen müssen durch betriebliche und außerbetriebliche Weiterbildung die Chance zu längerer Beschäftigung erhalten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf bisher weiterbildungsbildungsfernen Gruppen wie Geringqualifizierten, Älteren, Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehenden und in Teilzeit arbeitende Mütter und Väter. Für sie sind attraktive Strategien und Angebote zu entwickeln. Da zukünftig nicht mehr jedes Bildungsangebot an jedem Ort in gleicher Qualität angeboten werden kann, gewinnen außerdem Bildungsangebote der IuK-Techniken und die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und öffentlichen wie privaten Kooperationspartnern verstärkt an Bedeutung.

Für eine stärkere Bildungsbeteiligung breiter Schichten der Bevölkerung muss die Politik einerseits die rechtlichen Grundlagen schaffen wie z.B. für Arbeitszeitkonten. Zusätzlich muss sie Anreize entwickeln wie Bildungssparen und neue Formen der Bildungsfinanzierung. Aber auch die Unternehmen müssen ihre Bereitschaft steigern, in die mitarbeiterbezogene Weiterqualifizierung zu investieren.

Insgesamt lässt sich festhalten: Die Schaffung einer Wissenschaftsgesellschaft an der alle – unabhängig ihres Alters, Geschlecht und (sozialer) Herkunft – teilhaben können, ist von entscheidender Bedeutung für die Bewältigung und Gestaltung des demografischen Wandels. Nur durch das Ausschöpfen bisher vernachlässigter Wissensressourcen kann weiterhin Innovationskraft entfacht und damit wirtschaftliche Prosperität gesichert werden.

### **Arbeitsmarkt – Teilhabe statt Ausgrenzung**

Erwerbstätigkeit ist in unserer Gesellschaft ein wichtiger Faktor zur individuellen Selbstverwirklichung und der sozialen Integration. Dies wird auch zukünftig so bleiben. Sie ist außerdem der Grundpfeiler der Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme. Die Ermöglichung der Teilhabe an der Erwerbsarbeit für möglichst alle Menschen in unserer Gesellschaft ist daher ein Schlüsselprojekt nicht nur zur Begegnung der demografischen Herausforderungen.

Der Arbeitsmarkt ist tief gespalten. Ausdruck dessen ist eine Reihe von Problemen, die sich vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung zu verschärfen drohen. Denn die Schrumpfung des Arbeitskräftepotenzials führt nicht zu einer „Selbsteilung“ der Arbeitslosigkeit, sondern – ohne entsprechende Vorkehrungen – zur Eskalation der Probleme. Davon betroffen wären durch den drohenden Fachkräftemangel der Arbeitsmarkt und die Wirtschaft. Auch die sozialen Sicherungssysteme sind durch die andauernde Ausgrenzung großer Gruppen vom Arbeitsmarkt in ihrer jetzigen Form gefährdet. Wir müssen deshalb verschiedene, mit einander abgestimmte Strategien verfolgen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Dazu zählt Ausbildung und Qualifikation für alle. Wir leisten es uns derzeit, mindestens 15% eines Jahrgangs ohne Schulabschluss und/oder ohne berufliche Ausbildung ins Erwachsenenleben zu entlassen. Die Folge dessen ist eine stetig wachsende Zahl von jungen Erwachsenen, die nie ins Erwerbsleben hineinkommt und auf unabsehbare Zeit – vielleicht lebenslang – von öffentlicher Alimentierung abhängig sein wird. Der Abbau von Arbeitsplätzen, die keine oder nur geringe qualifikatorische Ansprüche besitzen, wird anhalten. Un- und Angelernte werden auf dem Arbeitsmarkt deshalb auch bei einem sinkenden Arbeitskräfteangebot kaum mehr eine Chance haben. Gleichzeitig fehlen sie dem Arbeitsmarkt als qualifizierte Kräfte.

Um wieder allen Jugendlichen eine Erwerbsperspektive zu geben, müssen wir das duale System erweitern und modernisieren und den Übergang von der Schule in den Beruf verbessern und verbreitern. Diejenigen Jugendlichen, die seit Jahren in Warteschleifen verbringen, müssen eine wirkliche zweite Chance angeboten bekommen.

Gleichzeitig gilt es, Anreize zum frühzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben abzubauen. Die seit drei Jahrzehnten üblichen Frühverrentungsstrategien haben dazu geführt, dass sich das Renteneintrittsalter stetig nach vorne verlagert hat. Derzeit liegt es bei 61,6 Jahren und ist damit weit von der gültigen Altersgrenze 65 entfernt. Und immer noch werden Fehlanreize gesetzt wie die im letzten Jahr von der Großen Koalition beschlossene Verlängerung der 58er-Regelung. Diese Fehlanreize müssen unverzüglich abgestellt werden. Denn in Zukunft wird der Fachkräftebedarf sich nicht mehr ausschließlich mit Erwerbstätigen aus der Altersgruppe der 20 bis 50-Jährigen decken lassen.

Dazu gehört auch die Beschäftigungsfähigkeit Älterer zu erhalten und Lebenslanges Lernen zu etablieren. Bereits jetzt führt die Herausdrängung Älterer aus dem Erwerbsleben zu paradoxen Situationen: Trotz Tausender arbeitsloser Ingenieuren wird ein flächendeckender Ingenieurmangel beklagt. Älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird zu häufig die Fähigkeit abgesprochen, sich aktuelles Know-how anzueignen. Zudem scheuen etliche Betriebe Investitionen in Qualifizierung und greifen lieber auf frisch ausgebildete Hochschulabsolventen zurück. Dies wird wegen der zurückgehenden Absolventenzahlen jedoch immer schwieriger werden. Die Unternehmen sind gefordert, ihre häufig altersdiskriminierende Personalpolitik zu beenden. Ein Modell der Zukunft sollte ein ausgewogener Generationenmix in der Personalstruktur sein. Ein Drei-Generationenmodell würde Innovation, als auch Erfahrung den nötigen Stellenwert geben. Zunächst müssten Unternehmen allerdings in die berufliche Weiterbildung und den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investieren. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hingegen werden sich auf die Verlängerung ihrer Lebensarbeitszeit einstellen müssen und die Bereitschaft zum Lebenslangen Lernen mitbringen.

Dafür brauchen wir neue Wege in der beruflichen Weiterbildung und im lebenslangen Lernen. Um berufliche Kenntnisse zu aktualisieren, sich beruflich neu zu orientieren und um die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zu erhalten, müssen die Angebote und die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung deutlich ausgeweitet und verbessert werden. Dafür sind neue Finanzierungsinstrumente, modularisierte und zertifizierte Angebote und eine umfassende Kooperation der Lernorte erforderlich. Aber auch die Arbeitsplatzgestaltung und der Arbeitsschutz müssen in Zukunft so ausgerichtet werden, dass die Beschäftigungsfähigkeit der Älteren erhalten bleibt und gefördert wird.

Denjenigen, die heute schon arbeitslos sind, wollen wir Sicherheit bieten. Integrationsinstrumente müssen unbefristet angeboten werden, um Älteren eine Perspektive bis zur Rente zur Verfügung zu stellen. Die von uns angestrebte umfassendere Freistellung von Partnereinkommen und die Einführung eines Altersvorsorgekontos sollen dazu führen, dass bei Erwerbslosigkeit im Alter individuelle Handlungsspielräume erhalten bleiben. Darüber hinaus müssen die in den vergangenen Jahren eingeführten Instrumente zur Integration Älterer in den ersten Arbeitsmarkt dort weitergeführt werden, wo sie effektiv und sinnvoll sind.

Gleichzeitig sollen neue Beschäftigungsalternativen aufgemacht werden. Wo früher Frühverrentung war, sollte heute ein beruflicher Neuanfang mit 55 werden. Wir wollen neue Wege zu Arbeit und Selbständigkeit im Alter erschließen, die eine selbstbestimmte Wahl zwischen Fortführung der ersten, Ausübung einer zweiten Berufskarriere oder einer Existenzgründung im Alter ermöglicht. Dafür müssen die Tarifpartner und Unternehmen, aber auch Finanzinstitutionen und Bildungseinrichtungen umdenken.

Während die einen von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wünschen sich andererseits viele Erwerbstätige Auszeiten für Familie, berufliche Neuorientierung und gesellschaftliches Engagement. Hier sind innovative Modelle mit Arbeitszeitkonten, Familien- und Lebensphasen-Teilzeit oder andere Instrumente flexibler Arbeitszeitgestaltung gefragt.

Darüber hinaus wollen wir vorhandene interkulturelle bzw. mehrsprachige Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten besser nutzen. Dies gilt u. a. auch im Hinblick auf die Aktivierung von Migrantinnen und Migranten bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt oder bei der Unterstützung von Unternehmensgründungen.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sind Vorschläge für eine gezielte Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt verstärkt zu berücksichtigen.

### **Soziale Sicherungssysteme demografiefest machen**

Bereits heute müssen wir uns Gedanken machen und Entscheidungen treffen, welche Veränderungen durch die langfristig zu erwartende demografische Entwicklung in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie den damit verbundenen Versorgungsstrukturen notwendig sind.

In diesem Anpassungsprozess ist die Rentenversicherung schon sehr weit fortgeschritten. Ziel ist ein fairer Ausgleich zwischen der jeweils jungen und der jeweils älteren Generation. Der von uns eingeführte Nachhaltigkeitsfaktor stellt sicher, dass die BeitragszahlerInnen nicht überfordert werden.

Unsere Bevölkerung wird immer älter und damit erhöhen sich bereits jetzt die Rentenlaufzeiten deutlich (1960 etwa zehn Jahre, 2004 etwa 16 Jahre, Frauen rund 20 Jahre). Deshalb unterstützen wir eine Anhebung des Regelrenteneintrittsalters. Wesentlich ist dabei, die Arbeitsmarktlage älterer ArbeitnehmerInnen, die aktuell überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind, zu verbessern. Programme zur Frühverrentung wurden von Betrieben bislang vor allem dazu genutzt, um auf Kosten der Sozialversicherungen zu rationalisieren. Die im Rentenrecht bestehende Möglichkeit, den Renteneintritt flexibel zu gestalten, sollte sich auch in den Tarifverträgen widerspiegeln. Die Menschen müssen sich auch in Zukunft darauf verlassen, dass ihr Lebensunterhalt im Alter gesichert ist. Wir stehen vor der Aufgabe Rentenversicherung und Riesterreute weiterzuentwickeln und Vorschläge zu erarbeiten, wie diskontinuierliche Erwerbsverläufe berücksichtigt, die eigenständige Alterssicherung von Frauen weiterentwickelt und die Wirksamkeit des Nachhaltigkeitsfaktors überprüft werden. G R Ü N

Im Zuge des demografischen Wandels nimmt der Anteil chronisch-degenerativer Krankheiten ständig zu. Bereits heute verursachen diese Krankheiten mehr als zwei Drittel der Ausgaben der Versorgung Kranker. Dennoch ist unser Gesundheitssystem weiterhin auf die Behandlung von Akutfällen (z.B. durch Unfälle) ausgerichtet. Hier muss gegengesteuert werden. Zum einen sind die Versorgungsstrukturen stärker auf die Behandlung chronisch und meist mehrfach erkrankter Personen auszurichten. Zum anderen sind verstärkte Präventionsanstrengungen notwendig. Bereits durch Verhaltensänderungen könnten mittelfristig etwa ein Viertel der chronisch-degenerativen Krankheiten vermieden werden. Hinzu kommen die wahrscheinlich noch größeren Potenziale der Verhältnisprävention (z.B. verbesserter Umweltschutz, besseres

Arbeitsklima, städtebauliche Maßnahmen) Wir verfolgen das Ziel, Prävention und Gesundheitsförderung neben der Akutmedizin, der Rehabilitation und der Pflege zu einer eigenständigen Säule unseres Gesundheitswesens zu machen.

Trotz der stark egalitären Ausrichtung der gesetzlichen Krankenversicherung sind sowohl die Gesundheitschancen als auch die Lebenserwartung in Deutschland sozial sehr ungleich verteilt. So werden Männer im einkommensstärksten Viertel der Gesellschaft durchschnittlich zehn Jahre älter als im einkommensschwächsten Viertel. Bei den Frauen beträgt dieser Unterschied fünf Jahre.

Der Sachverständigenrat für das Gesundheitswesen schätzt, dass nur zwischen zehn und 40 Prozent der Lebenserwartung durch das Gesundheitssystem im engeren Sinne beeinflussbar sind. Stärker als von der medizinischen Grundversorgung hängen Krankheitshäufigkeit und Sterblichkeit von der konkreten Lebensführung ab. Und diese wird maßgeblich vom Arbeitsumfeld, von Umweltbelastungen, dem Bildungsstand und vielen anderen Faktoren bestimmt.

Eine Gesundheitspolitik, die die Demografie und den Abbau sozial bedingter gesundheitlicher Ungleichheiten im Blick hat, muss neben der Behandlung von Krankheiten die Förderung von Gesundheit zu ihrer Aufgabe machen. Sie muss die persönlichen und sozialen Ressourcen der Einzelnen zur Gesunderhaltung stärken, damit sich Menschen für eine gesundheitsbewusste Lebensführung entscheiden können. Sie muss den Aufbau gesundheitsförderlicher Strukturen in der Lebens- und Arbeitswelt unterstützen. Hier sind auch die Bildungspolitik, der Arbeitsschutz, der Städtebau, die Agrarpolitik und viele andere Politikbereiche gefordert. Eine gute Gesundheitspolitik ist Querschnittspolitik. Die Formulierung von speziellen Gesundheitszielen für Ältere die partizipativ mit Beteiligung entwickelt werden, kann dabei hilfreich sein.

Auf die Versorgungsstrukturen kommen durch die demografische Entwicklung in den nächsten Jahren verschiedene Herausforderungen zu. Die gesundheitliche, therapeutische und pflegerische Versorgung und Betreuung muss sich stärker an chronisch und meist mehrfach erkrankten Personen orientieren und zusätzlich in eher bevölkerungsschwachen Regionen neue Organisations- und Zusammenarbeitsformen entwickeln. Medizinische Versorgungszentren, gemeinsam von verschiedenen Ärzten an einzelnen Tagen genutzte Praxen und Gemeindegrenzenpflegerinnen und -pfleger sind Beispiele dafür, wie sehr dünn besiedelte Regionen in Norwegen oder Neuseelands versorgt werden und Ideengeber für Deutschland sein können.

Die grüne Bürgerversicherung zeigt Wege auf, wie die gesetzliche Krankenversicherung demografiesicherer gestaltet werden kann. Durch die Einbeziehung der Privatversicherten beteiligen sich die Stärksten – Gesunde und Besserverdienende – an der Solidarität. Durch die Einbeziehung aller Einkommensarten zur Beitragsberechnung werden Lohn- und Einkommen entlastet und es entsteht mehr Generationengerechtigkeit. Ein bundesweiter Finanzausgleich, der sich an der Krankheitsstruktur orientiert, verhindert, dass Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte und vergleichsweise alten und kranken BewohnerInnen höhere Belastungen zu tragen haben als prosperierende Regionen.

Die Pflegeversicherung steht im Zuge des gesellschaftlichen Wandels der Altersstruktur, des Familienlebens und der Erwerbsbiografien vor großen Herausforderungen. So müssen die Leistungen in der Pflege qualitativ verbessert, stärker koordiniert und integriert werden. Ambulante Wohn- und Versorgungsformen müssen viel stärker gefördert, die überkommene Trennung ambulanter und stationärer Pflege muss überwunden werden. Auch der finanzielle Mittelbedarf in der Pflegeversicherung wird steigen. Für eine nachhaltige und gerechte Finanzierung plädieren wir daher zum einen für die Pflege-Bürgerversicherung. Zum anderen brauchen wir eine solidarisch finanzierte Demografiereserve, aus der die steigenden Belastungen der Zukunft abgedeckt werden können.

### **Bürgerschaftliches Engagement fördern**

Millionen von Menschen engagieren sich freiwillig und unentgeltlich für andere und die Gemeinschaft. So zeigte der letzte Freiwilligen-Survey von 2004 sogar einen leichten Anstieg von gemeinschaftsaktiven Bürgerinnen und Bürgern und bürgerschaftlichem Engagement. Gerade generations- – und kulturübergreifende Freiwilligenarbeit kann zudem einen Beitrag zur Sensibilisierung und die Toleranz für die Lebenswelt anderer Altersgruppen oder anderer kultureller Hintergründe leisten.

Dabei ist ein kluger Mix zwischen bürgerschaftlichen und professionellen Strukturen wichtig. Bürgerschaftliches Engagement gibt es nicht umsonst: So müssen Anlaufstellen wie z. B. Freiwilligenbüros mit professionellen Beratungen aufgebaut und vernetzt werden. Kleinteilige Anschubfinanzierungen und Raumangebote helfen Netzwerken, sich zu etablieren. Der Erfolg von Modellprogrammen, wie senior-Trainerin („Erfahrungswissen für Initiativen“) für Ältere oder die Civil-Academy des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement für Jüngere zeigen, wie wichtig fundierte Fortbildungsangebote sind und

welche stimulierende Wirkung sie haben können. Diese gilt es auszubauen und zu verstärken. Eine hervorgehobene Rolle kommt auch der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements für Menschen mit Migrationshintergrund zu.

Entscheidend ist immer wieder, dass Angebote sich zu engagieren, dem Lebensumfeld der unterschiedlichen Generationen angepasst werden. Bei Kindern und Jugendlichen muss früh auf eine Verzahnung von Schule und Vereinen geachtet werden. Außerdem sind junge Menschen stärker an flexibler Projektarbeit in offenen Formen interessiert, da sie es besser mit ihrem, häufig mobilen, Lebensstil verbinden können. Das gleiche gilt für die mittlere Generation: Neben den beruflichen Belastungen hat sie meist ein geringes Zeitbudget. So ist es schwierig, sich dauerhaft zu engagieren oder überhaupt einen Einstieg ins bürgerschaftliche Engagement zu finden. Flexible Angebote z.B. über Projektdatenbanken im Internet mit persönlich freier Zeiteinteilung würden dieser Altersgruppe ermöglichen, sich häufiger als bisher zivilgesellschaftlich einzubringen.

Für ältere Menschen beginnt heute mit dem Eintritt in die Rente ein völlig neuer Lebensabschnitt. Viele von ihnen sind fit und haben eine Lebenserwartung von mehr als 20 Jahren. Allein diese Zahl macht deutlich, dass der so genannte Ruhestand eine andere Bedeutung bekommt als noch vor Jahren. Die Zeit sinnvoll zu nutzen, sich einzubringen und teilzuhaben am gesellschaftlichen Leben ist Anspruch vieler Menschen dieser Altersgruppe. So zeigte diese Altersgruppe auch beim aktuellen Freiwilligensurvey die größten Zuwachsraten. Mit Hilfe von SeniorInnenbüros vor Ort und gezielten altersgerechten Angeboten lässt sich das Potenzial älterer Menschen noch ausbauen und strukturell verfestigen. Studien belegen außerdem, dass ein aktives Altern die beste Gesundheitsvorsorge ist. Es hilft, geistig rege zu bleiben, beugt der Gefahr des Alleinseins vor und wirkt sich positiv auf den Gesundheitszustand insgesamt aus.

Vor dem Hintergrund der Alterung und Schrumpfung unserer Gesellschaft und der zunehmenden Reduktion öffentlicher Leistungen wird der Bedarf an Freiwilligenarbeit vor Ort stark zunehmen. Falsch wäre es, den Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern einfach als Ersatz für professionelle Infrastruktur und staatliche Verantwortung zu begreifen. Bürgerschaftliches Engagement lässt sich nicht einfach einfordern oder diktiert. Die Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement ist für uns vielmehr ein emanzipatorischer Ansatz, der Kreativität und Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger fördert: durch bürgernahen Dialog, stärkere politische Partizipationsmöglichkeiten, kostenlose Fortbildungsangebote und eine dauerhafte Anerkennungskultur.

### **Demografischer Wandel vor Ort: Kommunen als Akteure stärken**

Kommunen sind der zentrale Ort der öffentlichen Daseinsvorsorge, aber auch des zivilgesellschaftlichen Engagements. Schrumpfs- und Alterungsprozesse zeigen sich hier viel unmittelbarer und dringen bereits heute in viele Lebenswelten ein. Tendenzen, wie sich in Zukunft Wachstums- und Stagnationsräume verteilen werden, zeichnen sich bereits heute ab - gerade im Osten Deutschlands, wo viele Städte durch Abwanderung bereits mehr als ein Drittel ihrer Einwohnerinnen und Einwohner verloren haben. Auch wenn Vorausberechnungen mit Vorsicht zu genießen sind, ist eines sicher: Alle Städte werden altern und die meisten werden schrumpfen. So gilt es zunächst, einen Paradigmenwechsel vorzunehmen: Weg vom Leitbild des Wachstums von mehr Einwohnerinnen und Einwohnern, größerer Infrastruktur und größerem Flächenverbrauch, hin zu einem neuen qualitativen Ansatz: Die demografische Entwicklung und damit auch Schrumpfung und Alterung annehmen und positiv gestalten.

Dazu gehört erst einmal Ehrlichkeit. Denn was zunächst paradox klingt: Schrumpfen wird auch Geld kosten. Die Grundinvestitionen in die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern wie Wasser und Energie und in die Entsorgungsinfrastruktur wurden oft für den damaligen Bedarf getätigt. Bei weniger Einwohnerinnen und Einwohnern bleiben diese Fixkosten der Systeme bestehen; allerdings auf entsprechend weniger Personen verteilt. Das gilt auch für soziale Infrastrukturen wie Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser usw. Damit werden weitere Kosten für Umbau-, Anpassungs- oder auch Rückbaumaßnahmen anfallen. Hier brauchen die betroffenen Kommunen auch künftig die Unterstützung von Bund und Ländern, beispielsweise durch Programme wie Stadtumbau Ost und West. Wichtig dabei ist, die Bürgerinnen und Bürger selbst sowie zivilgesellschaftliche Akteure mit ins Boot zu holen und an den Planungen – besonders beim Rückbau zu beteiligen. Nur so kann Akzeptanz für Veränderungen entstehen, nur so können auch die Vorteile einer Schrumpfung für die Bürgerinnen und Bürger transparent werden.

Es gilt, die Kommunen als Akteure zu stärken. Dazu gehören auch eine ehrliche Analyse der vorhandenen Strukturen und ihrer Zukunftsfähigkeit sowie die Diskussion über das bestehende System des kommunalen Finanzausgleichs. Zwischen vielen Kommunen ist ein ruinöser Konkurrenzkampf um Bevölkerung, Infrastruktur, Gewerbeansiedlung, Fördermittel und Institutionen ausgebrochen, obwohl immer deutlicher wird, dass Kommunen nur über Kooperation zukünftig überlebensfähig und attraktiv sein können.

Neue netzwerkartige Kooperationsstrukturen (Regional Governance) können helfen, Infrastruktur, Gewerbeansiedlungen und Institutionen neu zu sortieren und geschickt auch über die Region zu verteilen. Durch eine entsprechende Kopplung von Fördermitteln können Interkommunale Kooperationen und Regionsbildungen unterstützt werden. Aber auch die Zusammenlegung von Kommunen oder Landkreisen, deren Wirtschaftlichkeit absehbar nicht ausreichend sein wird, darf kein Tabu mehr sein.

In vielen Kommunen – gerade in Ostdeutschland - hat das Umdenken bereits begonnen. Ein Beispiel sind die Innenstädte, die durch modernes Quartiersmanagement und die Förderung gemeinschaftlichen Wohnens und Lebens für alle Generationen attraktiver gemacht werden. Eine Vision für Stadtentwicklung könnte außerdem ein neues ökologisches Paradigma für die Innenstädte sein. Es würde helfen, Energiekosten zu sparen, den nicht-nachhaltigen, suburbanen Zersiedelungsprozess zu stoppen und neu entstandene Freiflächen mit Parks und Gärten zu gestalten und dabei ein positives Lebensgefühl zu entfachen. Diesen Trend gilt es weiter durch Modellprogramme wie „Soziale Stadt“ zu fördern und zu bestärken.

Besondere Chancen ergeben sich für Städte, die sich geschickt auf neue Lebensformen einstellen und zielgruppenspezifische Angebote bereitstellen. Zwei Gruppen, die infolge des demografischen Wandels besonders wachsen werden sind Singles zwischen 25 und 35 Jahren und die Generation 50+. Beiden Gruppen ist Teilhabe und soziale Integration - gerade auch außerhalb familiärer Strukturen – besonders wichtig. Weiche Standortfaktoren, wie Kultur- und Sportangebote, Einkaufsmöglichkeiten, Grün in der Stadt, attraktive Wohnanlagen, ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr und Dienstleistungsangebote werden mit ausschlaggebend für den Wegzug bzw. Zuzug dieser Bevölkerungsgruppen sein.

Einige Städte haben bereits ältere Menschen als Zielgruppe für sich in ihrem Stadtmarketing entdeckt und gewinnen durch kultur- und altersspezifische Angebote diese Altersgruppe für sich. Beispiele sind Weimar oder Görlitz, die an ihren Ruf als "Pensionopolis" von vor 100 Jahren anknüpft. Andere arbeiten an einem Profil als kinder- und familienfreundliche Stadt. Moderne Stadtpolitik hat viele Alternativen, um mit urbanen Lebens- und Erlebenswelten, Bürgerinnen und Bürger mit ganz unterschiedlichen Lebensformen für sich zu gewinnen.

Politik vor Ort hat auch die Aufgabe, eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik mit Sozialpolitik zu verknüpfen. Denn in fallen gelassenen Stadtteilen bleiben vor allem sozial Schwache, alte Menschen und MigrantInnen zurück. Denn Arm und reich, sowie mobil und immobil streben räumlich gesehen auseinander. Dem muss eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik entgegenwirken.

Integration ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben für die Kommunen. Gerade angesichts des demografischen Wandels müssen und wollen wir neue Wege entwickeln, um die Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund künftig intensiver zu fördern anstatt sie – wie bisher - brachliegen zu lassen. Dies ist eine enorme, langfristig Herausforderung, gerade in Städten, Kreisen und Gemeinden. Dort sind nämlich die Folgen einer verfehlten Integrationspolitik – aber auch die positiven Effekte innovativer Ansätze - am Unmittelbarsten spürbar. So gesehen ist die gezielte Förderung von Integration eine zentrale Herausforderung für Städte und Gemeinden. Internationalität – aber auch interkulturelle Kompetenz und die Offenheit gegenüber der Vielfalt moderner Lebensweisen machen die Attraktivität von Städten aus. Aufgabe der Kommunen ist es, dafür zu werben.

Insgesamt zeigt sich: Demografie muss in allen Bereichen einer Stadt mitgedacht, eine Gesamtstrategie entwickelt und bisherige Dezernatskategorien und -strukturen aufgebrochen werden. Ein guter Weg kann beispielsweise die Einrichtung von Demografiebeauftragten und Demografiebüros sein, die die Wichtigkeit des Themas und seine aktive Gestaltung unterstreichen sowie den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger fördern können.

### **Ländliche Regionen: Grundversorgung sichern**

Der ländliche Raum ist besonders stark von der demografischen Entwicklung betroffen. Denn neben der zunehmenden Alterung wird die Situation durch die anhaltende Abwanderung vor allem junger, gut ausgebildeter Menschen und die Verringerung staatlicher Förderung verschärft. Die Aufrechterhaltung lebendiger Räume auf dem Land kann deshalb durch neue Konzepte der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastrukturbereitstellung sowie eine verstärkte Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ange-regt werden.

Um auch in Zukunft Teilhabe und Versorgung im ländlichen Raum gewährleisten zu können, ist es wichtig, zunächst eine Bestands- und Problemanalyse gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort durchzuführen: Welche Grundversorgung mit technischer Infrastruktur, Bildung, Kultur, gesundheitlichen, pflegerischen, therapeutischen Leistungen und Einzelhandel brauchen die Regionen in der Zukunft? Wie kann sie gewährleistet werden und wer kann welche Aufgaben übernehmen? Einen pauschalen, für alle

Regionen gültigen Lösungsweg wird es dafür nicht geben können. Vielmehr geht es darum, regionale Besonderheiten und Potenziale aufzugreifen und innovative Lösungen für die speziellen Verhältnisse vor Ort zu entwickeln. Dabei steht fest, dass eine Verlagerung von Infrastruktur hin zu mobilen Angeboten dringend erforderlich ist.

Eine moderne Politik für zukunftsfähige ländliche Räume muss auf die Verbreiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Lande und integrierte Entwicklungskonzepte setzen. Denn die Landwirtschaft als traditionelle Einkommensquelle in ländlichen Gebieten stellt immer weniger Arbeitsplätze zur Verfügung. Die Schaffung von Arbeitsplätzen muss sich dabei in erster Linie an den Potenzialen orientieren, die in den verschiedenen Regionen vorhanden sind. Dazu gehören neben der Landwirtschaft der Tourismus, die Erzeugung und Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe, die Produktion Erneuerbarer Energien aus Biomasse, Sonne und Wind, aber auch die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, der Ausbau der Holzverarbeitung und eine Vielzahl von kleinen und mittelständischen Unternehmen im Bereich des Handwerks, der IT-Branche oder der Gesundheitswirtschaft mit Standortvorteilen im ländlichen Raum.

Durch regionale Kooperationen können sowohl Zentren der Daseinsvorsorge, wie „Gemeinschaftsläden“ oder „Medizinische Versorgungszentren“, als auch neue Mobilitätssysteme, wie „fahrende Verwaltung“, mobile gesundheitliche, pflegerische oder therapeutische Versorgung und Betreuung und „Bibliotheksbusse“, geschaffen werden. Bildung kann durch so genannte Zwergenschulen mit jahrgangsübergreifendem Lernen abgesichert werden. Der öffentliche Personennahverkehr muss stärker durch die Etablierung von Anrufsammeltaxis sowie Ruf- und Bürgerbussen an den Bedarf der Menschen in den Regionen angepasst werden.

Auch das Internet hat eine große Bedeutung für die Entwicklung des ländlichen Raums. E-Government und leicht zugängliche, barrierefreie Internet- und Medienangebote werden in ländlichen Regionen zukünftig eine zentrale Rolle spielen. Sie können mangelnde Mobilität von Älteren und Menschen mit Behinderung teilweise kompensieren und zum Erhalt der Lebensqualität beitragen, auch wenn auf Grund sinkender Bevölkerungszahlen traditionelle Formen der Daseinsvorsorge eingeschränkt werden müssen. Der Anschluss ländlicher Kommunen an moderne Kommunikationstechnologien wie beispielsweise schnelle Übertragungsmöglichkeiten durch Breitbandanschlüsse muss vorangetrieben werden.

Engagement der Menschen im ländlichen Raum braucht Unterstützung. Die Politik hat deshalb die Aufgabe, die Teilhabe der Menschen an der Gestaltung ihrer Lebenssituationen vor Ort zu fördern. Dazu gehören die Einführung von Bürgerhaushalten, die Förderung regionalen Engagements, wie wir es mit dem bundesweiten Modellvorhaben „REGIONEN AKTIV – Land gestaltet Zukunft“ vorgemacht haben.

## **Kultur in schrumpfenden Regionen**

Die kulturelle Vielfalt Deutschlands ist durch den demografischen Wandel gefährdet. Abnehmende Bevölkerungszahlen werden sich künftig verstärkt auf die Auslastung der Kulturinstitutionen auswirken. Dasselbe gilt für die zunehmende Alterung der Gesellschaft. Gerade in strukturschwachen – z.B. ostdeutschen - Regionen, die Abwanderungs- und Schrumpfungsprozesse erleben, wächst die Gefahr eines eingeschränkten Zugangs zu kulturellen Einrichtungen sowie eines verminderten kulturellen Angebots.

Vorausschauende Politik muss bereits heute Reformen einleiten, um ein lebendiges Kulturleben und Kreativität zu erhalten und neuen Nachfragestrukturen gerecht zu werden. Es gilt, den gleichberechtigten Zugang zu kultureller Infrastruktur unter geänderten Bedingungen zu ermöglichen. Bibliotheken, Museen und Theater dürfen nicht gleichermaßen "mitschrumpfen". Regionale Kooperationen bieten die Möglichkeit, auch in Gegenden mit zurückgehender Bevölkerungszahl kreative Potenziale zu nutzen und ein hochwertiges kulturelles Angebot zu erhalten, um so auch die Attraktivität und Identität dieser Regionen zu stärken. Solche „weichen“ Standortfaktoren spielen gerade bei der Ansiedlung von Unternehmen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Ein gutes Vorbild für solche regionalen Kulturräume ist das sächsische Kulturraumgesetz, vergleichbare Ansätze sollten auch anderswo gefördert und unterstützt werden.

Kulturinstitutionen in schrumpfenden Regionen müssen sich auf diese veränderte Realität einstellen und nicht nur das Publikum von heute, sondern im Sinne einer "demografischen Gerechtigkeit" ebenso die Zielgruppen von morgen ansprechen. Generationsübergreifende Projekte könnten dabei helfen, Jüngere und Ältere auch im Kulturbereich rechtzeitig zu integrieren und böten zugleich neue Perspektiven der Zusammenarbeit. Auch über ein Generationsnetzwerk Kultur wäre nachzudenken.

Kultur spielt eine entscheidende Rolle, wenn es um den Zusammenhalt einer immer pluralistischeren Gesellschaft geht. Kultur muss sich zukünftig so öffnen, dass sich auch Migrantinnen und Migranten und so genannte bildungsferne Schichten in der Kultur wieder finden können. Kultur gibt Identität. Und das

Bekenntnis und die Pflege der eigenen Kultur ist ein entscheidender Stabilitätsfaktor auf dem Weg zu einer erfolgreichen Integration der Gesellschaft. Zum anderen kann Kultur in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit auch soziale Aufgaben und damit einen anderen Stellenwert übernehmen. Kultur muss dann vielleicht mehr als Tätigkeit begriffen werden, die den Menschen durch aktive Teilnahme am Kulturleben – nicht nur durch Rezipieren – Sinnggebung vermittelt.

### **Ökologie : Dezentralisierung und Nachhaltigkeit**

Eigentlich klingt die Formel "wir werden weniger" und damit verbrauchen wir auch weniger Ressourcen und Fläche äußerst einleuchtend und verlockend. Leider gibt es hier keinen Automatismus, sondern Herausforderungen, denen es sich zu stellen gilt. Dann kann die Schrumpfung der Bevölkerung tatsächlich einen Beitrag zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen leisten.

Die Ressourcen, die auf der Erde zur Verfügung stehen, sind beschränkt und der Belastbarkeit der natürlichen Lebensgrundlagen sind Grenzen gesetzt. Die Chancen, die auch im demografischen Wandel stecken, können nur genutzt werden, wenn es uns gelingt, die Produktivität vom Ressourcenverbrauch abzukoppeln und auf nachhaltig gewonnene erneuerbare Ressourcen umzustellen. Es gilt weiterhin, den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben und gleichzeitig auf mehr Effizienz und Energieeinsparung zu setzen. Einhergehen muss dieses mit einer optimalen Nutzung dieser Ressourcen. Elementar ist es, die Abfallprodukte als Rohstoffe wieder zu verwenden. Die Frage ist also, wie schaffen wir eine funktionierende Kreislaufwirtschaft? Wie schaffen wir einen nachhaltigen Konsum?

Ein ungelöstes ökologisches Problem stellt die Flächenversiegelung dar. Durch die Veränderungen in den Lebensformen - mehr Singles, mehr allein stehende Ältere und Verstärkung der Kleinfamilie - ist eher mit einer Zunahme von Einzelhaushalten zu rechnen. Wie reagiert die Wohnungswirtschaft darauf? Findet die demografische Entwicklung Eingang in Verkehrsplanung und Infrastrukturplanungen oder lautet hier das Motto "Weiter wie gehabt"? Kann es gelingen, den Öffentlichen Nahverkehr in den Regionen bei Schrumpfungsprozessen auf heutigem Niveau zu halten oder gar zu verbessern?

Einige Fragen, die deutlich machen, dass es vor dem Hintergrund des demografischen Wandels unsere Aufgabe sein wird, alle Politikbereiche daraufhin zu prüfen, ob sie den ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen der Nachhaltigkeit entsprechen.

Die Herausforderung an die Politik besteht darin, dass der Flächenverbrauch trotz zurückgehender Bevölkerung nicht weiter wächst. Hier bestehen auch Chancen, da nach Jahrzehnten der Abwanderung auf die „grüne Wiese“, erste Trends einer Re-Urbanisierung zu beobachten sind. Durch Nachverdichtung und Brachennutzung kann Neuversiegelung verhindert werden. Der nachlassende Flächenverbrauchsdruck ist auch Chance für Begrünung und Renaturierung, die es zu nutzen gilt.